



Informationen zur Gehölzpflege außerhalb des Waldes

nach dem Bayerischen Naturschutzgesetz (BayNatSchG) und dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Im besiedelten Bereich und in der freien Natur

Bundesweit gilt:

Zeitlich befristetes Beseitigungsverbot gemäß § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG:

In der Zeit vom 1. März bis 30. September ist es verboten, Bäume, die außerhalb gärtnerisch genutzter Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze abzuschneiden, auf den Stock zu setzen oder zu entfernen.

(im Freistaat Bayern gelten Grünflächen, Parkanlagen, Friedhöfe, Sportplätze und sonstige Außenanlagen, Straßenbäume und Alleen, sowie Bäume in der freien Landschaft nicht als gärtnerisch genutzte Grundflächen)

Dieses Verbot gilt nicht:

- für Bäume in Kurzumtriebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen (im Bundesland Bayern werden Flächen im Erwerbsgartenbau, Hausgärten, Kleingartenanlagen und Streuobstwiesen als gärtnerisch genutzte Grundflächen definiert)
- für schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses und zur Gesunderhaltung von Bäumen (z. B. üblicher Heckenschnitt, Entfernung von Totholz oder beschädigten Ästen, sog. Sommerschnitt von Obstbäumen)
- für Maßnahmen, die behördlich angeordnet sind
- für Maßnahmen, die im öffentlichen Interesse nicht auf andere Weise oder zu anderer Zeit durchgeführt werden können, wenn sie
 - behördlich durchgeführt werden
 - behördlich zugelassen sind oder
 - der Gewährleistung der Verkehrssicherheit dienen,
- wenn bei zulässigen Bauvorhaben nur geringfügiger Gehölzbewuchs zur Verwirklichung der Baumaßnahme beseitigt wird
- für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft

Befreiungen von diesem Verbot sind gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG möglich und können bei der unteren Naturschutzbehörde beantragt werden, **wenn**

- ein überwiegendes öffentliches Interesse vorliegt, **oder**
- das Verbot zu unzumutbarer Belastung im Einzelfall führen würde **und** die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.

In der freien Natur

Im Freistaat Bayern gilt darüber hinaus:

Ganzjähriges Beseitigungsverbot gemäß Art. 16 BayNatSchG:

Es ist verboten, in der freien Natur Hecken, lebende Zäune, Feldgehölze oder -gebüsche einschließlich Ufergehölze oder -gebüsche zu roden, abzuschneiden, zu fällen oder auf sonstige Weise erheblich zu beeinträchtigen.



Dieses Verbot gilt nicht:

- für die ordnungsgemäße Nutzung und Pflege (z.B. Entnahme von einzelnen Gehölzen) vom 1. Oktober bis 28. Februar unter Erhaltung des Gehölzbestandes
- für schonende Form- und Pflegeschnitte zur Beseitigung des Zuwachses
- für Maßnahmen, die zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit öffentlicher Verkehrswege oder zum Unterhalt an Gewässern erforderlich sind

Ausnahmen von diesem Verbot sind gemäß Art. 23 Abs. 3 BayNatSchG möglich und können bei der unteren Naturschutzbehörde beantragt werden, **wenn**

- die Beeinträchtigung ausgeglichen werden kann, **oder**
- ein überwiegendes öffentliches Interesse vorliegt

Befreiungen von diesem Verbot sind gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG möglich und können bei der unteren Naturschutzbehörde beantragt werden, **wenn**

- ein überwiegendes öffentliches Interesse vorliegt, **oder**
- das Verbot zu unzumutbarer Belastung im Einzelfall führen würde **und** die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist

Im Landkreis Landsberg am Lech - gelten darüber hinaus folgende

Landschaftsschutzgebietsverordnungen (LSG- VO) gemäß § 26 BNatSchG:

LSG Ammersee-West, LSG Lechtal-Süd, LSG Lechtal-Nord, LSG Weldener Weiher, LSG Eichenhain, LSG Beerenmoos, LSG Breites Moos, LSG Windachtal, LSG Westerholz, LSG Singoldlauf, LSG Engelsrieder See, LSG Oberhauser Weiher

Im besiedelten Bereich und in der freien Natur

Bundesweit gilt:

Vor jeglichen Baumfällungen und Schnittmaßnahmen an Gehölzen muss darüber hinaus eine Überprüfung vorgenommen werden, ob artenschutzrechtliche Verbotstatbestände berührt werden können. Hierzu sind die Gehölze insbesondere auf artenschutzrechtlich relevante Lebensraumstrukturen, z.B. Baumhöhlen und -spalten und starkes Totholz zu untersuchen, denn:

Ganzjährig gelten die Vorschriften des besonderen Artenschutzes gemäß §§ 44, 45 BNatSchG:

Es ist verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen (z.B. Larven, Eier) aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören. Zudem ist es untersagt ihre Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören (z.B. Nester, bewohnte Höhlen in Bäumen).

Es ist verboten, wild lebende Tiere streng geschützter Arten und der europäischen Vogelarten darüber hinaus während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.

Besonders geschützte Arten sind z.B.: fast alle heimischen Säugetiere (z.B. Eichhörnchen, Siebenschläfer), alle europäischen Vogelarten, einige Insektenarten (z.B. Hornissen und viele Wespenarten, Prachtkäfer, Rosenkäfer), eine Reihe von Amphibien und Reptilien.

Streng geschützte Arten, die einem weitergehenden Schutz unterliegen (zusätzliches Störungsverbot) sind unter den Säugetieren u.a. Haselmaus und alle Fledermausarten, unter den europäischen Vogelarten u.a. Grünspecht, Waldohreule und Neuntöter, unter den Insektenarten u.a. Eremit und Alpenbock sowie bei den Amphibien z.B. der Laubfrosch.

Der Schutzstatus einer Art kann im Internet unter www.wisia.de eingesehen werden.

Ausnahmen von diesem Verbot sind gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG möglich und können bei der höheren Naturschutzbehörde (Regierung von Oberbayern) beantragt werden, wenn:

- zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen nicht verschlechtert, insbesondere
- im Interesse der Gesundheit des Menschen
- im Interesse der öffentlichen Sicherheit
- zur Abwendung wirtschaftlicher Schäden

Befreiungen von diesem Verbot sind gemäß § 67 Abs. 2 BNatSchG möglich und können bei der höheren Naturschutzbehörde (Regierung von Oberbayern) beantragt werden, wenn: die Verbote zu einer unzumutbaren Belastung des Betroffenen führen.



Im besiedelten Bereich

Im Landkreis Landsberg am Lech können darüber hinaus folgende Vorschriften gelten:

Baumschutzverordnung gemäß § 29 BNatSchG und Art. 51 Abs. 1 Nr. 5 BayNatSchG

In der Gemeinde Schondorf gilt für Fäll- oder Schnittmaßnahmen an Bäumen eine Baumschutzverordnung.

Gestaltungssatzungen gemäß Art. 81 BayBO

Zahlreiche kommunale Gestaltungssatzungen beinhalten Regelungen zum Schutz straßen- und ortsbildprägenden Baumbestandes.

Bebauungspläne gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB

Kommunale Bebauungspläne beinhalten in der Regel grünordnerische Festsetzungen zum Baumerhalt und zu einer fachgerechten Gehölzpflege.

Die entsprechenden Vorschriften sowie die Möglichkeit von **Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen** können bei der jeweiligen Gemeindeverwaltung erfragt werden.

Ausnahme

Die Verbote gelten nicht bei rechtfertigendem Notstand nach § 34 StGB (Gefahr im Verzug)

Bei der Feststellung einer gegenwärtigen Gefahr (z.B. einer akuten Bruchgefahr eines Baumes), die nur durch unverzügliches Handeln abzuwenden ist, gelten oben genannte Verbote nicht. Der Eingriff muss sich jedoch auf angemessene und zur Gefahrenabwehr unbedingt erforderliche Maßnahmen beschränken. Ist z.B. eine Absperrung des Gefahrenraumes möglich, ist dies als Maßnahme zur Gefahrenabwehr zunächst ausreichend.

**Ansprechpartner: untere Naturschutzbehörde im Landratsamt Landsberg am Lech
Tel. 08191/129-0, -1470, -1471, -1472, -1473, -1474, -1475, -1476, -1477, -1478**